

# WVLSO Diskurs

Expertisen und Dokumentationen  
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik



## Gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland

Ein Überblick über die Fakten  
und die Hintergründe





Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts-  
und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

---

## **Gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland**

Ein Überblick über die Fakten  
und die Hintergründe

Alfred Pfaller

## Inhaltsverzeichnis

---

Vorbemerkung	3
1. Die Ungleichheit in Deutschland hat zugenommen	4
2. Die Zahl der Armen nahm zu und auch die der Reichen – die Mitte schrumpfte	5
3. Die soziale Mobilität nahm ab – um die Chancengleichheit steht es schlecht	5
4. Bestimmte Bevölkerungskategorien sind besonders stark betroffen	6
5. Konsummuster unterhalb des „bürgerlichen Standards“ breiten sich aus	6
6. Auch im internationalen Vergleich ist Deutschland abgerutscht, was Ungleichheit betrifft	7
7. Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt	7
8. Dahinter steht ein verändertes Rekrutierungsverhalten der Unternehmen	8
9. Die Ursachen: verlangsamtes Wirtschaftswachstum, erhöhter Wettbewerbsdruck, verringerte sozialstaatliche Abfederung	9
10. Der Malus für geringe Ausbildung ist größer geworden	9
11. Arbeitslosigkeit spielt weiterhin eine Rolle, aber „atypische“ Arbeit wird wichtiger	10
12. Außerdem hat die Gruppe der Arbeitnehmer insgesamt an Anteilen am Volkseinkommen verloren	10
13. Die Verteilungsergebnisse des Arbeitsmarktes variieren im Konjunkturverlauf	11
14. Die Polarisierungstendenzen des Arbeitsmarktes werden verstärkt durch Individualisierungstendenzen	11
15. Auch Kinder verstärken die Polarisierung	11
16. Staatliche Umverteilung reduziert das Armutsrisiko beträchtlich	12
17. Ungleichheit ist mitgeprägt von Zuwanderung	12
18. Menschen mit niedrigem Einkommen haben mehr Gesundheitsprobleme	13
19. Gleichzeitig mit der zunehmenden sozioökonomischen Ungleichheit lässt sich eine Trennung zwischen sozialen Milieus beobachten, die sich möglicherweise akzentuiert	13
20. Wohnmilieus haben zentrale Bedeutung	14
Literaturverzeichnis	15
Der Autor	16

Diese Expertise wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind vom Autor in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

## Vorbemerkung

---

Deutschland gilt derzeit als Muster- und Wirtschaftswunderland Europas. In der Tat sieht das deutsche Wachstum relativ stabil aus und die Arbeitslosigkeit sinkt. Aber hinter den schönen Schlagzeilen sieht es düsterer aus – vor allem, wenn man längerfristige Trends betrachtet. Denn dieser Erfolg wurde mit einer zunehmenden sozialen Polarisierung erreicht.

In kaum einem anderen reichen Land ist die Ungleichheit in den letzten etwa 15 Jahren so stark gestiegen wie in Deutschland. Die Lohnquote ging – außer in der tiefen Rezession 2009 – immer weiter zurück. Der Niedriglohnsektor expandierte stark. Die personelle Einkommensverteilung verschlechterte sich rapide, auch wenn der immer noch recht ordentliche Sozialstaat die schlimmsten Extreme korrigierte. Trotzdem nahm auch das Armutsrisiko zu.

Mit diesen Einkommensungleichheiten verbinden sich andere Dimensionen der Ungleichheit und schwerwiegende Folgen für den Wohl-

stand der Beteiligten. Frauen und Haushalte mit Migrationshintergrund sind deutlich benachteiligt. Bildung und Gesundheit sind ebenfalls ungleich verteilt und verstärken sich mit der Einkommensungleichheit. Die Spaltung der Gesellschaft verlängert sich in die Wohnmilieus.

Die vorliegende Studie gibt einen Überblick über die wichtigsten empirischen Studien und ihre Kernaussagen. Sie sollte für alle politisch Verantwortlichen eine Quelle der Information und Ansporn zum Handeln sein. Es gibt keine Veranlassung, sich auf den Lorbeeren der teuer erkaufte Exporterfolge auszuruhen. Der Wohlstand eines Landes misst sich nicht daran, wie gut es andere Länder mit attraktiven Gütern beglücken kann, sondern wie glücklich die eigene Gesellschaft ist und wird.

*Dr. Michael Dauderstädt*

Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

## Gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland

### 1. Die Ungleichheit in Deutschland hat zugenommen

Die Ungleichheit in Deutschland hat zugenommen, in Westdeutschland bereits vor der Vereinigung, dann aber besonders signifikant in Gesamtdeutschland nach der Vereinigung. Es war ein – keineswegs linearer – Prozess, der bis heute noch nicht zu einem klar erkennbaren Stillstand gekommen ist. Er betrifft Einkommen, Vermögen und Lebenschancen. Die Ungleichheit in Deutschland hat sich in einer Art und Weise entwickelt, dass man ohne Übertreibung von einer gesellschaftlichen Polarisierung sprechen kann. Ihr Ausmaß und ihre Dimensionen werden im Folgenden überblicksmäßig anhand wichtiger Kennziffern dargestellt. Diese Kennziffern stammen aus statistischen Kompendien und Forschungsberichten, zum Teil auch aus selektiven Zusammenstellungen, die auf ähnliche Quellen zurückgreifen.

Das Hauptanliegen unseres Resümees ist die Bestandsaufnahme. Es wird aber auch versucht, Licht auf die Bestimmungsgründe des durch die Kennziffern vermessenen Polarisierungsprozesses zu werfen.

Der klassische Indikator der Ungleichverteilung, der Gini-Koeffizient, stieg in Westdeutschland bei den Einkommen von 0,26 im Jahr 1993 auf 0,31 in 2006 an. In den neuen Bundesländern zeigt dieser Koeffizient eine wesentlich schwächere Polarisierung an, nämlich von 0,21 auf 0,25. Nach 2006 ging der Gini-Wert wieder leicht zurück, ohne aber eine Abwärtsbewegung einzuleiten. Für Gesamtdeutschland weist das Statistische Bundesamt einen stagnierenden Wert von 0,29 für die Jahre von 2005 bis 2010 auf.<sup>1</sup>

Das ärmste Fünftel bezog 1993 knapp zehn Prozent des Volkseinkommens und in 2006 8,5 Prozent. Das reichste Fünftel erhöhte seinen Anteil von 36 auf 39 Prozent. Auch der Einkommensanteil der gesamten Mitte (zweites bis viertes Fünftel) ging zurück: von 55,1 Prozent in 1997 auf 52,9 Prozent in 2007.<sup>2</sup> Der Anteil der Armen mit weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten „Median“-Einkommens in der Mitte der Einkommenshierarchie (derzeit hieße das: weniger als 830 Euro) stieg von zwölf Prozent der Bevölkerung auf 15 Prozent, in Westdeutschland von zehn Prozent auf 14 Prozent.<sup>3</sup>

Dahinter stehen unterschiedliche Prozesse.

- Das – insgesamt ohnehin bescheidene – Wirtschaftswachstum kam über lange Zeit überwiegend den Reichen zugute, während die übrigen Einkommen weitgehend stagnierten bzw. streckenweise auch leicht zurückgingen. In den wirtschaftlich relativ guten Jahren von 1995 bis 2003 stieg das Durchschnittseinkommen um 12,3 Prozent, das Einkommen in der Mitte der Einkommenshierarchie (der Median) jedoch nur um zehn Prozent. In den folgenden Krisenjahren sank der Durchschnitt um zwei Prozent, der Median um 3,6 Prozent.<sup>4</sup>
- Die Einkommen einer wachsenden Minderheit gingen auch absolut gesehen signifikant zurück. Bei den Vermögen ist die Ungleichheit viel krasser. Der Gini-Koeffizient lag hier in 2002 bei 0,79. Die reichsten zehn Prozent besaßen fast 60 Prozent des Gesamtvermögens, pro Person fast das 14-Fache des Medians. Die reichsten ein Prozent besaßen allein 20 Prozent des Gesamtvermögens. Hingegen hatten fast 30 Prozent der Bevölkerung überhaupt kein Vermögen bzw. hatten mehr Schulden als Vermögen.<sup>5</sup>

1 [Http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleA3.html](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleA3.html).

2 Vgl. Geißler 2010: 10.

3 Alle Zahlen: vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012.

4 Vgl. DIW 2008: 102.

5 Alle Angaben: vgl. DIW 2007b: 668.

Das Zehntel mit den höchsten Einkommen ist auch das mit dem größten Vermögen (270.000 Euro pro Person), das mit den geringsten Einkommen auch das mit dem kleinsten Vermögen (19.000 Euro pro Person).<sup>6</sup>

## 2. Die Zahl der Armen nahm zu und auch die der Reichen – die Mitte schrumpfte

Die Zahl derer mit mehr als dem Doppelten des mittleren Einkommens (der Reichen) stieg von 1984 bis 2006 in einer ziemlich linearen Entwicklung um 73 Prozent, die Zahl derjenigen mit weniger als der Hälfte des mittleren Einkommens (der Armen) gar um 80 Prozent. Die Mitte nahm zahlenmäßig entsprechend ab, die Zahl derer, die 90 bis 110 Prozent des Medianeinkommens beziehen, sogar um 21 Prozent.<sup>7</sup>

2008 fanden sich 14 Prozent der Haushalte in der Kategorie der Einkommensschwachen mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (wobei nichtmonetäre Aspekte wie schuldenfreies Eigenheim oder wirtschaftliche Vorteile von Mehrpersonenhaushalten im Sinne des „Nettoäquivalenzeinkommens“ berücksichtigt sind). Ein Jahr später, mitten in der Krise, waren es 15,6 Prozent.<sup>8</sup> Auf Personen, nicht Haushalte, bezogen weist die Bundesregierung eine Zunahme der „Arbeitsbedrohten“ von zwölf Prozent im Jahr 1998 auf 18 Prozent in 2005 aus.<sup>9</sup>

## 3. Die soziale Mobilität nahm ab – um die Chancengleichheit steht es schlecht

Zwei Drittel von denen, die im Jahre 2002 arbeitsgefährdet waren, waren es auch 2006 noch. 69 Prozent der Reichen von 2002 waren auch

2006 reich. In den wirtschaftlich guten Jahren 1996 bis 2000 waren die Beharrungsquoten für die Armen 54 Prozent und für die Reichen 64 Prozent gewesen – also in beiden Fällen eine Abnahme von Mobilität. Hingegen ist die Mittelschicht mobiler geworden: 79 Prozent Beharrung im ersten Zeitraum, 75 Prozent im späteren. 14 Prozent stiegen in die Armutsgefährdung ab, elf Prozent stiegen in die Gruppe der besser Verdienenden auf.<sup>10</sup> Sozialer Abstieg ist besonders häufig bei der oberen Mittelschicht (100 bis 200 Prozent Medianeinkommen). Dort traf er im Zeitraum 2004 bis 2007 weit über ein Drittel aller Haushalte.<sup>11</sup> In Westdeutschland ist die Häufigkeit sozialen Aufstiegs aber weiterhin deutlich größer als die des sozialen Abstiegs. Im Osten halten sich beide ziemlich die Waage.<sup>12</sup>

2004 stellen Kinder aus dem einkommensschwächsten Viertel der Bevölkerung nur 5,6 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.<sup>13</sup> „Selbst bei gleichen Leistungen haben Kinder aus der hohen Herkunftsgruppe eine fast sechsmal höhere Chance auf den Gymnasialbesuch als Kinder aus dem unteren Viertel.“<sup>14</sup> Zwar erreichen Unterschichtenkinder heute einen deutlich höheren Bildungsabschluss als früher (1985 besuchten in Westdeutschland sieben Prozent der Arbeiterkinder eine Hochschule, 2005 waren es in Gesamtdeutschland 17 Prozent), dies begründet aber noch keine höhere soziale Mobilität; denn:

- Auch die Kinder höherer sozialer Schichten werden heute besser ausgebildet (Hochschulbesuch von Selbstständigenkindern 1985 26 Prozent, 2005 53 Prozent, von Beamtenkindern 1985 43 Prozent, 2005 63 Prozent). Der Anteil der Kinder aus niedriger sozialer Herkunft an den Hochschulbesuchern hat sich von 1982 bis 2003 fast halbiert.<sup>15</sup>

6 Vgl. DIW 2007b: 670.

7 Vgl. DIW 2008: 103.

8 Vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend 2011: 104.

9 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2007: 306.

10 Vgl. DIW 2008.

11 Vgl. Geißler 2010: 21f.

12 Vgl. Geißler 2010: 23.

13 Vgl. PISA-Konsortium Deutschland 2003: 22.

14 Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009.

15 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009.

- Studienberechtigte aus Akademikerhaushalten entscheiden sich konstant zu 15 Prozent mehr für ein Studium als solche aus Nichtakademikerhaushalten.<sup>16</sup>
- Der Anteil der Jugendlichen ohne Berufsabschluss hat sich seit 1996 kaum verändert und lag auch 2006 noch bei knapp 14 Prozent.<sup>17</sup>

Verfestigung von Armut wird begünstigt durch räumliche Trennung von „bürgerlichen“ und Unterschichts-Wohnquartieren in den Städten (siehe unten Ziffer 20). Ein großer Teil der nachwachsenden Generation (in München z. B. die Hälfte) wird in die Unterschichtssubkultur sozialisiert.<sup>18</sup> Wer dort aufwächst, hat zum großen Teil Bildungsabschlüsse, die sozialen Aufstieg nahezu ausschließen.

#### 4. Bestimmte Bevölkerungskategorien sind besonders stark betroffen

Unter den Alleinerziehenden mit abhängigen Kindern hatten 2008 über 40 Prozent ein (Nettoäquivalenz-)Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median). Dieser Prozentsatz hat seit 1998, in Abhängigkeit vom Kinderalter, beträchtlich zugenommen – wo das jüngste Kind zwischen zwölf und 16 war, sogar um 20 Prozentpunkte. Ebenfalls sehr stark armutsgefährdet sind „Singles“ unter 30, von denen 1998 38 Prozent und 2008 48 Prozent in diese Einkommensgruppe fielen.<sup>19</sup>

Wie nicht anders zu erwarten, finden sich Arbeitslose und Unterbeschäftigte zu einem größeren Teil in der Gruppe der Einkommensarmen. Eine Korrelationsrechnung des DIW ergibt für sie ein um zehn Prozent höheres Armutsrisiko als für die Vollzeitbeschäftigten. Dabei stehen sich die Unterbeschäftigten mit weniger als der Hälfte der

potenziellen Erwerbszeit mittlerweile nicht mehr viel besser als die Arbeitslosen.<sup>20</sup>

Ebenfalls der Erwartung entspricht die höhere Armutsgefährdung der schlecht Ausgebildeten. Laut Korrelationsrechnung des DIW ist das Risiko ohne jeden Ausbildungsabschluss jedoch nur um sieben Prozent höher als mit Hochschulabschluss.

Besonders gefährdet sind auch Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern, was ihre relativ schlechten Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt widerspiegelt. Auch Ostdeutsche sind stärker betroffen (19,5 Prozent, Westdeutsche 13 Prozent). In den letzten Jahren wieder deutlicher als in den Jahren um die Jahrtausendwende.

Zu den besonders Gefährdeten gehören auch die Kinder (siehe hierzu Ziffer 15 unten).

#### 5. Konsummuster unterhalb des „bürgerlichen Standards“ breiten sich aus

Die relative Deprivation vieler Einwohnerinnen und Einwohner zeigt sich u. a. in einer zunehmenden Diskrepanz der Konsumstandards. Deutschland ist immer weiter entfernt von dem, was der Soziologe Helmut Schelsky einmal die nivellierte Mittelstandsgesellschaft nannte. Haushalte, die keine finanziellen Rücklagen bilden (können), nahmen von 17 Prozent in 2001 auf 29 Prozent in 2007 zu, diejenigen, die sich aus finanziellen Gründen keine Urlaubsreisen gönnen, von 18 Prozent auf 28 Prozent.<sup>21</sup> Unter den Paaren mit Kindern verzichteten 2007 ein gutes Drittel auf Urlaubsreisen und finanzielle Rücklagen, unter den Alleinerziehenden gar über zwei Drittel. Jedesmal ist ein signifikanter Anstieg seit 2001 zu konstatieren.<sup>22</sup>

Was Wohnraum betrifft, nahm die Unterversorgung jedoch ab (im Westen in 2007 14 Pro-

16 Vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: 216 und 217.

17 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2007: 306.

18 Vgl. Strohmeyer 2006: 16.

19 Vgl. DIW 2010: 8.

20 Vgl. DIW 2010: 10.

21 Vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: 589.

22 Vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: 590. Mehr zu Konsumunterschieden: vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009.



zent, im Osten 24 Prozent der Haushalte). Wohnungen ohne Zentral-/Etagen-Heizung, warmes Fließwasser, eigenes WC bzw. Dusche sind auch im Osten äußerst selten. Fasst man die diversen Unterversorgungen zusammen, lebte 2007 die Hälfte aller Haushalte „problemfrei“, bei den Senioren und bei den kinderlosen Paaren waren es 60 Prozent oder mehr, bei den Alleinerziehenden jedoch nur 13 Prozent, bei den Einverdiener-Paaren mit Kindern nur 38 Prozent.<sup>23</sup>

1998 wurde die Zahl der Wohnungslosen auf ca. 530.000 Personen geschätzt. Von da an sank sie sukzessive auf etwa 255.000 in 2006.<sup>24</sup>

## 6. Auch im internationalen Vergleich ist Deutschland abgerutscht, was Ungleichheit betrifft

Gemessen am Gini-Koeffizienten war die Einkommensungleichheit 2009 weniger ausgeprägt als im OECD-Durchschnitt, aber deutlich größer als in den skandinavischen Ländern, Belgien, Österreich und einigen ostmitteleuropäischen Ländern. Sie war seit Mitte der 1990er Jahre weniger stark angestiegen als im OECD-Durchschnitt und vielen einst sehr egalitären Ländern, aber stärker als in den meisten „von jeher“ sehr ungleichen Ländern – also hier eine gewisse Angleichung.<sup>25</sup>

Vom Markteinkommen her (Bruttolöhne, Kapitaleinkünfte) gehört Deutschland heute zu den ungleichsten Ländern, aber der Sozialstaat gleicht dies stärker als in vielen anderen Ländern aus, doch nicht so stark wie in Skandinavien, Belgien und Österreich.<sup>26</sup>

Der Anteil der Armutsgefährdeten (60 Prozent des Medianeinkommens) lag in Deutschland um 2009 herum deutlich unter dem OECD-Durchschnitt und auch unter dem in Finnland,

Belgien und Schweden, wo er am stärksten in der OECD-Welt zugenommen hat. Deutschland gehört aber auch zu den Ländern, wo er besonders stark zunahm. Sieht man auf die Armen unter 50 Prozent des Medianeinkommens, sieht es ähnlich aus.<sup>27</sup>

## 7. Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt

Verringerte Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind die wichtigste Ursache dafür, dass das Einkommen eines mittlerweile signifikanten Teils der Bevölkerung von der Entwicklung der Wirtschaftskraft abgekoppelt wurde. Weitere Ursachen sind ein Rückgang der Absicherung durch die Solidaritätsstrukturen sozialer Nahbeziehungen (Familie u. a.) sowie die verminderte Absicherungswirkung sozialstaatlicher Mechanismen. Besonders betroffen sind diejenigen, die erstens selber wenig verdienen und zweitens keinem wirtschaftlich leistungsfähigen Haushalt angehören. Geringe Chancen, das heißt zweierlei:

1. Viele finden nicht genug Arbeit, sie bleiben unterbeschäftigt.
2. Viele müssen mit sehr niedrigem Stundenlohn sowie oft prekären Arbeitsbedingungen vorlieb nehmen.

Oft kommt beides zusammen. Die Stundenlohnschere hat sich seit den 1980er Jahren signifikant nach unten geöffnet.

Wohl ist die Erwerbsquote deutlich gestiegen: 1992 gingen 67 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter einer Erwerbsarbeit nach, in 2009 waren es 71 Prozent.<sup>28</sup> Deutschland liegt hier im oberen Drittel der OECD.<sup>29</sup> Aber ein Viertel der beschäftigten Arbeitnehmer (37 Prozent bei den westdeutschen Frauen, zehn Prozent bei den westdeutschen Männern, 15 Prozent bei den ostdeutschen Männern) sind „Atypische“ („Schein-

23 Vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: 594f.

24 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2007: 28.

25 Vgl. OECD 2011: 49.

26 Vgl. OECD 2011: 50.

27 Vgl. OECD 2011: 51.

28 Vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: 329.

29 Vgl. OECD 2011: 64.

selbstständige“ nicht mitgerechnet). 1998 waren es erst 18 Prozent. Ausschließlich geringfügig beschäftigt waren 1998 etwa fünf Prozent der abhängig Beschäftigten und 2008 gut acht Prozent, etwas weniger als 2006, aber um 70 Prozent mehr als noch 1998.<sup>30</sup> 70 Prozent von ihnen bezogen einen Stundenlohn von weniger als zwei Dritteln des Medianlohns. Vollzeit beschäftigt waren im Jahr 2000 76 Prozent aller Arbeitnehmer, zehn Jahre später nur noch 70 Prozent.<sup>31</sup>

Nur gut die Hälfte der Erwerbsverläufe (78 Prozent bei den Männern) waren in den Jahren nach 2000 dauerhaft durch Normalarbeitsverhältnisse gekennzeichnet. Ein Viertel (19 Prozent bei den Männern) war diskontinuierlich bzw. prekärer Art.<sup>32</sup> Die 27 Prozent der Frauen mit einem stabilen Normalarbeitsverhältnis sind zum größten Teil hoch qualifiziert.

Kaufkraftbereinigt gingen die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne für die untersten 30 Prozent der Verdiensthierarchie in den Jahren 2000 bis 2010 um elf Prozent zurück, die Bruttomonatslöhne gar um ca. 20 Prozent. Auch für die mittleren Lohnkategorien gingen sowohl Stunden- als auch Monatslöhne im Durchschnitt zurück, wenn auch weniger stark. Der monatliche Durchschnittslohn über alle Kategorien hinweg sank um vier Prozent auf 2.140 Euro. Der Lohn am Übergang von der ärmeren in die besser verdienende Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Median- oder mittlere Lohn, sank um sieben Prozent auf 1.940 Euro. Eine bescheidene Zunahme verzeichnete nur das oberste Fünftel.

Der Rückgang von Durchschnitts- und Medianlohn ist zum größten Teil der Zunahme der Teilzeitarbeit geschuldet. Betrachtet man nur die Vollzeitbeschäftigten, sank der Durchschnittslohn zwischen 2000 und 2010 um gut ein Prozent auf 2.750 Euro, der Medianlohn um gut zwei Prozent auf 2.420 Euro.<sup>33</sup>

2006 bekamen knapp 18 Prozent aller abhängig Beschäftigten nur einen Stundenlohn von unter 7,50 Euro (1,9 Millionen gar nur unter fünf Euro). 42 Prozent der Niedriglohnempfänger waren Vollzeitbeschäftigte, 65 Prozent waren Frauen. Von den Hauptbeschäftigten (d. h. Inhaber von Nebenjobs nicht mitgerechnet) unter 25 Jahren fielen 44 Prozent in die Niedriglohnkategorie.<sup>34</sup> Von 1995 bis 2008 nahm der Anteil der Niedriglohnempfänger um 40 Prozent zu, mit am höchsten in der OECD.<sup>35</sup>

## 8. Dahinter steht ein verändertes Rekrutierungsverhalten der Unternehmen

Bei aller Ausdifferenzierung der unternehmerischen Rekrutierungsmuster hat sich eine früher so nicht gekannte Zweiteilung in Kernbelegschaften mit nach wie vor hoher Beschäftigungssicherheit und „anständiger“ Entlohnung auf der einen Seite und flexibel einsetzbaren Randbelegschaften mit

- niedriger Beschäftigungssicherheit;
  - geringen Rechtsansprüchen gegenüber dem Arbeitgeber;
  - Beschäftigungszeiten, die über das Jahr hinweg oft weit unterhalb der Vollzeitbeschäftigung liegen (viel unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung);
  - dagegen oft sehr „lebensweltfeindlichen“ Arbeitszeiten (Schichtarbeit) und
  - ausgesprochen niedriger Entlohnung
- auf der anderen Seite ergeben. Die Randbelegschaften mit „atypischer“ Beschäftigung dienen vielen Betrieben als wichtiger, wenn auch nicht alleiniger Beschäftigungspuffer gegenüber den Veränderungen in der Auftragslage.

Darüber hinaus hat es eine signifikante Auslagerung von Arbeitsabläufen an eigenständige Firmen gegeben, mit dem Effekt, dass sich unter den Betrieben eine deutliche Zweiteilung in

30 Vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: 331 und 333 sowie Hans-Böckler-Stiftung 2010: 9.

31 Vgl. Grabka 2012: 6.

32 Vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: 513 und 515.

33 Alle Angaben, vgl. Grabka 2012: 8-10.

34 Alle Angaben, vgl. Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) 2007.

35 Vgl. OECD 2011: 76.

Hochlohn- und Niedriglohnbetriebe (mit jeweils verschiedenen Untertypen) herausgeschält hat. Letztere machen im Jahr 2004 laut Holger Alba ein Drittel aller westdeutschen und die Hälfte aller ostdeutschen Betriebe aus. Sie beschäftigen 20 Prozent aller Arbeitnehmer im Westen und 36 Prozent im Osten.<sup>36</sup>

In den wirtschaftlich oft (wenn nicht meist) ziemlich schlecht gestellten Randbelegschaften und den Niedriglohnbetrieben landen vorrangig Berufsanfänger, Personen mit niedrigem Ausbildungsabschluss und Frauen. Z.B. waren in 2007 81 Prozent der geringfügig Beschäftigten Frauen.<sup>37</sup>

## 9. Die Ursachen: verlangsamtes Wirtschaftswachstum, erhöhter Wettbewerbsdruck, verringerte sozialstaatliche Abfederung

Die Ursachen für die Polarisierungstendenzen des Arbeitsmarktes sind primär in der Erosion jener wirtschaftlichen Bedingungen zu sehen, die einst die Herausbildung einer integrierten Arbeitsgesellschaft begünstigt haben, nämlich anhaltendes hohes Wirtschaftswachstum, das – im Rahmen des dominierenden, wenn auch bereits erodierenden Modells des Einverdiener-Haushalts – Vollbeschäftigung ermöglichte und unternehmensinterne Arbeitsmärkte mit hoher Beschäftigungssicherheit hervorbrachte. Außerdem ließ zunehmender Wettbewerbsdruck als Folge von Globalisierung das Interesse der Unternehmen an Vollbelegschaften, die als Betriebskapital anzusehen und ans Unternehmen zu binden sind, schwinden. Dem gesellschaftsverändernden Siegeszug des „dualen Modells“ wurde allerdings auch durch die Veränderungen in der Sozialgesetzgebung (Hartz-Reformen) Vorschub geleistet. Diesen lag wiederum die Wahrnehmung zugrun-

de, dass das alte Modell den neuen Herausforderungen nicht mehr angemessen ist.

Die – durch das zunehmende Überangebot an Arbeitskräften begünstigten und den Konkurrenzdruck geforderten – Kostensenkungsstrategien der Unternehmen führten in der Industrie zu einem markanten Rückgang der Facharbeitsstellen. 1990 waren noch 21 Prozent aller Beschäftigten Facharbeiter, 2007 nur noch 13 Prozent. Dem steht eine Zunahme der Ingenieure und technischen Experten um 1,3 Prozent gegenüber. Gleichzeitig gab es eine „Verdichtung“ der Arbeit, also eine Erhöhung der Arbeitsleistung pro Beschäftigten.<sup>38</sup> Die Daten unterstützen hingegen nicht die These, die Wirtschaft bräuhete heutzutage weniger niedrig Qualifizierte.

## 10. Der Malus für geringe Ausbildung ist größer geworden

Der Zugang zu einem „Normalarbeitsverhältnis“ wurde zunehmend an höhere Bildungsabschlüsse geknüpft. Während im Jahr 2000 für 18 Prozent der Arbeitsplätze eine Hochschulausbildung verlangt wurde, waren es zehn Jahre später 21 Prozent. Der Anteil der Arbeitsplätze ohne jegliche Abschlussvoraussetzungen ging im gleichen Zeitraum von 25 Prozent auf 21 Prozent zurück.<sup>39</sup> Die Hälfte aller Hauptschulabsolventinnen und -absolventen mit Abschluss landete 2006 erst einmal für ungewisse Zeit im sogenannten „Übergangssystem“ (Arbeitslosigkeit, prekäre atypische Arbeit). Dies traf nur für 28 Prozent der Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss und vier Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten zu.<sup>40</sup> 2006 waren zwölf Prozent derer ohne beruflichen Bildungsabschluss, acht Prozent derer mit abgeschlossener Lehre, aber nur vier Prozent derer mit Hochschulabschluss arbeitslos.<sup>41</sup>

36 Vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: 397 und 402.

37 Vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: 334.

38 Vgl. Michael Vester 2011.

39 Vgl. Grabka 2012: 4.

40 Vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: 219.

41 Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2007: 345.

Der Stundenlohn für niedrig qualifizierte Arbeit betrug 2006 nur 66 Prozent desjenigen für Arbeitnehmer mittlerer Qualifikation. Nirgendwo sonst in der EU war der Lohnunterschied so hoch.<sup>42</sup> Wie weit all dies anspruchsvolleren Arbeitsabläufen geschuldet ist, darüber liegt keine systematische Information vor. Jedenfalls können sich die Arbeitgeber eine größere Selektivität leisten. Niedriglöhne sind im Übrigen nicht nur für die gering Qualifizierten reserviert. 2006 waren auch 16 Prozent der Vollzeitbeschäftigten mit mittlerer Ausbildung und etwa vier Prozent derer mit Hochschulabschluss davon betroffen.<sup>43</sup> Insgesamt gingen die durchschnittlichen realen (also kaufkraftbereinigten) Bruttostundenlöhne vom Jahr 2000 bis 2010 auch in den Arbeitsplätzen, die eine Hochschulausbildung erfordern, zurück.<sup>44</sup>

#### 11. Arbeitslosigkeit spielt weiterhin eine Rolle, aber „atypische“ Arbeit wird wichtiger

2004 waren 65 Prozent der Haushalte mit Arbeitslosen und ohne Erwerbsperson „bedürftig“, bei weitem mehr als alle anderen Haushaltstypen. Danach folgten Haushalte mit Teilzeitverdienern und Arbeitslosen (48 Prozent), danach solche mit ausschließlich geringfügig Beschäftigten (37 Prozent).<sup>45</sup> Das belegt den engen negativen Zusammenhang von Erwerbsarbeit und Armut. In den letzten Jahren hat sich der Mangel an Erwerbschancen umverteilt. Weniger Menschen sind arbeitslos, mehr sind in Arbeit, aber verdienen einfach zu wenig (Ziffer 7 oben) und weniger werden von besser situierten Haushaltsmitgliedern über Wasser gehalten (Ziffer 14 unten).

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im vereinigten Deutschland von 2,6 Millionen 1991 auf

4,8 Millionen in 2005 an. Danach sank sie bis heute auf etwa drei Millionen ab. Von dieser Zahl waren 1993 28 Prozent langzeitarbeitslos, in 2006 42 Prozent und in 2011 33 Prozent.<sup>46</sup> Die Armut hat dennoch nicht abgenommen. Während die Arbeitslosenquote zwischen 2005 und 2009 von zwölf Prozent auf acht Prozent zurückging, stieg der Anteil der Bevölkerung mit Armutsrisiko, d.h. mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medians, von 14 Prozent auf 15,5 Prozent.<sup>47</sup> In dieses Bild passt der oben unter Ziffer 7 berichtete Befund über die Zunahme der „atypischen“ Beschäftigung.

#### 12. Außerdem hat die Gruppe der Arbeitnehmer insgesamt an Anteilen am Volkseinkommen verloren

Die Lohnquote – bereinigt um die Wirkungen, die sich aus der Veränderung der Erwerbstätigenstruktur (z.B. Zu- und Abnahme der Zahl der Selbstständigen im Vergleich zu der der Arbeitnehmer) ergeben – sank in Deutschland von 73 Prozent im Jahr 2000 auf 64 Prozent in 2008. Danach stieg sie wieder leicht an. Während der 1990er Jahre war sie, mit leichten Schwankungen, auf einem Niveau zwischen 71 und 73 Prozent verharrt. In Westdeutschland war es von 1960 bis 1980 zu einem Anstieg von 65 auf 70 Prozent gekommen, der im Verlauf der 1980er Jahre wieder völlig rückgängig gemacht worden war. Die Bruttogewinnquote war im vereinigten Deutschland von 29 Prozent im Jahre 1991 auf 36 Prozent im Jahr 2007 gestiegen, um dann auf etwa 35 Prozent in 2010 zurückzufallen. In Westdeutschland war sie von 40 Prozent in 1960 auf 25 Prozent in 1980 zurückgegangen und dann bis 1990 wieder auf 30 Prozent angestiegen.<sup>48</sup>

42 Vgl. EUROSTAT 2010, Figure 2.

43 Vgl. EUROSTAT 2010, Figure 4.

44 Vgl. Grabka 2012: 5.

45 Vgl. DIW 2007a: 24.

46 Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, verschiedene Veröffentlichungen.

47 Vgl. Grabka 2012: 15.

48 Alle Daten: vgl. Internetportal Sozialpolitik-aktuell, Tabelle: „Entwicklung von Lohnquote und Gewinnquote 1960-2010“.

### 13. Die Verteilungsergebnisse des Arbeitsmarktes variieren im Konjunkturverlauf

Die verteilungsmäßigen Randgruppen der Armen und der Reichen haben im Konjunkturverlauf der letzten 20 Jahre mal zu-, mal abgenommen: die Armen (unter 50 Prozent Medianeinkommen) von 9,3 Prozent im Jahr 1991 auf 7,9 Prozent in 1997 und dann auf 10,8 Prozent in 2003; die Reichen (über 200 Prozent Medianeinkommen) im gleichen Zeitverlauf von vier Prozent auf 3,4 Prozent und dann auf 4,4 Prozent.<sup>49</sup> Diese Variationen entkräften aber nicht den im Vorangegangenen dargelegten strukturellen Befund signifikant gestiegener Ungleichheit.

### 14. Die Polarisierungstendenzen des Arbeitsmarktes werden verstärkt durch Individualisierungstendenzen

Haushalte mit mehreren Verdienern können individuelle Misserfolge auf dem Arbeitsmarkt abfedern. Dieser Abfederungsfunktion wirkt die Zunahme von Einpersonenhaushalten entgegen. Alleinlebende im Erwerbsalter stellten 1985 19 Prozent aller westdeutschen Haushalte und 2007 23 Prozent (Ostdeutschland 26 Prozent). Entsprechend höher sollte das Armutsrisiko geworden sein. In der Tat sind Einpersonenhaushalte (nicht nur die besonders betroffenen jungen „Singles“) zu einem größeren Teil in der Gruppe der armutsgefährdeten Haushalte (unter 60 Prozent des Medianeinkommens) anzutreffen als Paarhaushalte. Die Ausnahme bilden bislang die Alleinlebenden über 65, die weniger stark armutsgefährdet sind als der Durchschnitt.<sup>50</sup>

### 15. Auch Kinder verstärken die Polarisierung

Abhängige Kinder im Haushalt vermindern das pro Person verfügbare Einkommen. Der Mittelwert für diese Haushalte ist deshalb automatisch niedriger als der für kinderlose Haushalte, wenn

die Kinder nicht überwiegend bei relativ gut verdienenden Eltern anfallen (und wenn die Sozialpolitik keinen vollen Ausgleich schafft). Wo der Verdienst in die Kategorie der unteren Mittelschicht fällt, führen Kinder leicht dazu, dass das „Nettoäquivalenzeinkommen“ in die Unterschicht-Kategorie rutscht. Noch dazu beeinträchtigen abhängige Kinder die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, ganz drastisch bei Alleinerziehenden (wiederum in dem Maße, wie die Politik nicht gegensteuert). Das Zusammentreffen von Elternschaft (de facto überwiegend Mutterschaft) und Partnerlosigkeit bewirkt tendenziell eine besonders drastische „Abstufung“ in der Einkommenshierarchie. Dieses Zusammentreffen hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark zugenommen. 1994 lebten zehn Prozent aller minderjährigen Kinder in Haushalten mit allein erziehender Mutter, im Jahr 2007 waren es 16 Prozent. In Westdeutschland waren es 1973 erst vier Prozent.<sup>51</sup>

Die Zahlen bestätigen diesen a priori plausiblen Zusammenhang. Eltern von vier Kindern fanden sich schon 1998 zu 21 Prozent in der Gruppe derer mit einem niedrigen Nettoäquivalenzeinkommen (der „Armutsgefährdeten“), während es bei den übrigen Eltern ca. zwölf Prozent und bei den Kinderlosen neun Prozent waren. Bis 2008 hat sich die Lage der Kinderreichen signifikant verschlechtert. Die Gruppe der Armutsgefährdeten nahm insgesamt zu und umfasste nunmehr über zwölf Prozent der Kinderlosen, ca. 14 Prozent der Familien mit ein und zwei Kindern, 22 Prozent der Familien mit drei Kindern (die 1998 noch kein erhöhtes Armutsrisiko aufwiesen) und 36 Prozent (!) der Familien mit vier und mehr Kindern.<sup>52</sup>

Verstärkt wurde der Zusammenhang von Elternschaft und Armutsrisiko durch die Zunahme der Alleinerzieher-Haushalte mit minderjährigen Kind(ern), nämlich von 2,8 Prozent aller westdeutschen Haushalte in 1985 auf 3,4 Prozent in 2007 (Osten ähnlich). Dagegen haben Zahl und Anteil von klassischen Familienhaushalten

49 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009.

50 Alle Daten: vgl. DIW 2010: 9.

51 Vgl. Internetseite des Cross-National Data Center in Luxembourg (LIS), Tabelle: „data-key-inequality-workbook.xlsx“.

52 Vgl. DIW 2010: 6.

(Paar mit abhängigen Kindern) signifikant abgenommen. Dass diese Abnahme sich ausschließlich in der Zusammensetzung der Mittelschicht (70-150 Prozent Medianeinkommen) zeigt, kann als weiterer Indikator dafür gesehen werden, dass Elternschaft die Haushalte aus der Mittelschicht heraus in die Unterschicht drängt. Auf den ökonomischen „Degradierungseffekt“ des Alleinerziehungsschicksals weist auch der Fakt, dass diese Kategorie in der Oberschicht kaum vorkommt.

Ein Ergebnis des Zusammenwirkens von Arbeitsmarkt- und Familienentwicklung ist zunehmende Kinderarmut. Der Anteil der „armutsgefährdeten“ Kinder (60 Prozent des Medianeinkommens) stieg von ca. 14 Prozent im Jahr 1997 auf ca. 19 Prozent in 2010 bzw. von acht Prozent auf elf Prozent, wenn es um 50 Prozent des Medianeinkommens geht.<sup>53</sup> Wie zu erwarten, sind die Anteile am höchsten bei Alleinerziehenden mit mehr als einem Kind (in 2010 62 Prozent „Armutgefährdung“).<sup>54</sup> Ebenso „logisch“: In Haushalten ohne Verdienener ist der Anteil mit 60 Prozent besonders hoch.<sup>55</sup>

## 16. Staatliche Umverteilung reduziert das Armutsrisiko beträchtlich

Gäbe es keine Sozialtransfers, sondern nur in den Arbeits- und Kapitalmärkten erzielte Einkommen, wären in 2005 26 Prozent in die Kategorie der Armutsgefährdeten gefallen. Tatsächlich waren es aber nur 13 Prozent.<sup>56</sup> Das Standardmaß der Ungleichverteilung, der Gini-Koeffizient, wäre 2008 bei 0,5 gelegen (in Europa nur noch übertroffen von Italien und Portugal). Tatsächlich, d.h. was das verfügbare Einkommen betrifft, lag er jedoch bei 0,3 (was in Europa in etwa einem mittleren Rang entspricht). Deutschland liegt damit auf der Linie fast aller west- und zentraleuropäischen Sozialstaaten, in denen die Verteilung der Marktein-

kommen nicht besser ist als in den vielgescholtenen angelsächsischen Staaten, in denen aber politisch verfügte Umverteilung eine deutlich egalitäre Gesellschaft hervorbringt. Signifikante Ausnahmen von diesem Muster sind Island, Tschechien und insbesondere Südkorea, wo vor allem eine relativ egalitäre Verteilung der Markteinkommen für Gini-Koeffizienten im internationalen Mittelfeld verantwortlich ist.<sup>57</sup>

Die Wirkung des sozialen Auffangnetzes zeigt sich auch darin, dass trotz der Zunahme des armutsgefährdeten Bevölkerungsanteils gemessen am Schwellenwert 60 Prozent des Medianeinkommens der Anteil der Armen, die weniger als 40 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung haben, im Zeitraum 1994 bis 2007 um die vier Prozent herum konstant geblieben ist. Gemessen am 40-Prozent-Kriterium ging die Kinderarmut sogar von 5,2 auf vier Prozent zurück. Kinder in Haushalten mit alleinerziehender Mutter waren 1994 zu 43 Prozent arm (diesmal gemessen am Schwellenwert „Hälfte des Medianeinkommens“), im Jahr 2007 „nur noch“ 38 Prozent.<sup>58</sup>

## 17. Ungleichheit ist mitgeprägt von Zuwanderung

Zugewanderte und ihre Abkömmlinge sind stärker in den benachteiligten Sozialkategorien vertreten als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Dies verfestigt sich auch hier (zunächst) über die Bildungsunterschiede. Knapp 40 Prozent der ausländischen Schulabsolventen des Jahres 2004 hatten mehr als einen Hauptschulabschluss, bei den Deutschen waren es 68 Prozent. 18 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer, aber nur sieben Prozent der Deutschen verließen die Schule ohne jeden Abschluss.<sup>59</sup> In einem ohnehin polarisierenden Arbeitsmarkt (siehe oben Ziffern 7 bis 12) stellt dies die Weichen in Richtung Armut.

53 Vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend 2011: 99.

54 Vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend 2011: 101.

55 Vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend 2011: 103.

56 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2007: 14, Kurzfassung.

57 Vgl. OECD 2011: 50.

58 Alle Daten: vgl. Internetseite des Cross-National Data Center in Luxembourg (LIS), Tabelle: „data-key-inequality-workbook.xlsx“.

59 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009.

Das Sozioökonomische Panel von 2004 (ein wissenschaftliches Langzeitbeobachtungsvorhaben) weist für 15 Prozent der deutschen Einheimischen ein Armutsrisiko (Einkommen unter 60 Prozent des Median) aus, aber für 35 Prozent der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der Türkei, für 37 Prozent derer aus den post-jugoslawischen Ländern und für 27 Prozent der deutschstämmigen Aussiedlerinnen und Aussiedler.

## 18. Menschen mit niedrigem Einkommen haben mehr Gesundheitsprobleme

Subjektive Selbsteinschätzungen und objektive Befunde kombinierend weist der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eine gute Gesundheit bei knapp 50 Prozent der besser gestellten Hälfte der Bevölkerung, aber nur bei 39 Prozent der „Armutgefährdeten“ aus.<sup>60</sup> Eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt eine Reihe von negativen Zusammenhängen zwischen sozialem Status (meist Schwerpunkt Bildung) und Gesundheitsmerkmalen (u. a. Sterblichkeit jüngerer Altersgruppen).<sup>61</sup> Die Daten legen einen generellen Zusammenhang nahe, reichen aber für eine definitive Aussage insgesamt nicht aus.

## 19. Gleichzeitig mit der zunehmenden sozioökonomischen Ungleichheit lässt sich eine Trennung zwischen sozialen Milieus beobachten, die sich möglicherweise akzentuiert

Menschen sind nicht nur reicher oder ärmer und haben nicht nur in unterschiedlichem Maße Teil an dem, was die Gesellschaft wertschätzt (neben materiellen Ressourcen auch all das, was sonst noch Lebensqualität begründet, wie Gesundheit, Zeitautonomie, Freiheit von Stress u. a.). Men-

schen sind auch unterschiedlich in einem grundsätzlich gleichwertigen Sinn. Sie haben unterschiedliche Präferenzen, Einstellungen, Werthaltungen, Verhaltensdispositionen.

Man hat versucht, aus den vielen Unterschiedlichkeiten Milieus herauszudestillieren, deren Menschen sich in einer ganzen Reihe von Aspekten ähnlich sind und sich von denen in anderen Milieus typischerweise unterscheiden. Derartige Milieus verbinden hierarchische Aspekte (insbesondere Verfügbarkeit von Ressourcen und die sozio-ökonomische Positionierung, die ihr zugrunde liegt, wie z. B. Beruf) mit nicht-hierarchischen (Einstellungen etc.). Lange Zeit stand freilich die vertikale Dimension im Sinne von sozialer Schichtung im Vordergrund.<sup>62</sup> Die weithin bekannten „Sinus-Milieus“ rückten die nicht-vertikalen Aspekte stärker in den Vordergrund.<sup>63</sup>

Je nach dem, worauf man den Blick richtet, kann man zu durchaus unterschiedlichen Milieu-Einteilungen der Gesellschaft kommen. Zieht man das Kriterium der Interaktionsdichte hinzu (wer verkehrt mit wem auf der funktionalen und der geselligen Ebene?), ändert sich das Bild noch einmal. Unterschiedliche Milieu-Einteilungen rechtfertigen sich z. T. aus den Zwecken, die man mit ihnen verfolgt. Die „Sinus-Milieus“ haben sich insbesondere als Anleitung für zielgenaue Werbung bewährt. Wieweit sie als Anleitung für erfolgreiche politische Werbung (Wahlkampf) taugen, ist umstritten.

Orientierung für Regieren, das auf eine sozial inklusive Gesellschaft abzielt, gibt eher die „Unterschichtenstudie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.<sup>64</sup> Sie definiert ihre neun „politischen Milieus“ zwar auch aus Werthaltungen und Einstellungen, weist aber den sie (mit)bedingenden Lebenslagen mehr Bedeutung bei. Zugang zu Bildung ist dabei eine zentrale „unabhängige Variable“, die es politisch zu verändern gälte.

60 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2007: 311.

61 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009.

62 Vgl. z. B. Rainer Geißler 2010, oder Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2007.

63 Vgl. Sinus Sociovision 2009.

64 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2007.

Durch Milieueinfluss verfestigte Einstellungen betreffen auch die Toleranz/Intoleranz gegenüber anderen sozialen Gruppen sowie die Disposition, antidemokratische Politik zu unterstützen. In einer Studie von Heitmeyer wird – relativ komplexe – Evidenz angeführt für einen positiven Kausalzusammenhang zwischen sozioökonomisch bedingter Orientierungslosigkeit einerseits und Fremdenfeindlichkeit sowie generell gruppenbezogenen Vorurteilen andererseits.<sup>65</sup>

## 20. Wohnmilieus haben zentrale Bedeutung

Es geht dabei nicht nur um die Qualität von Wohnungen und anderen Faktoren, die Lebensstandard ausmachen und Lebensqualität begründen (Sicherheit, Ruhe, Distanzen u. a.). Es geht auch um milieuspezifische Subkulturen, die Verhaltensdispositionen herstellen und verfestigen. Diese Verhaltensdispositionen bedingen oft Lebenschancen (z. B. Sozialkompetenz für den „Mainstream“, Aufstiegswille), aber auch Integration/Desintegration der Gesamtgesellschaft. Zumindest entsprechen Subkulturen, die weit von der deutschen „Leitkultur“ entfernt sind, nicht unserem traditionellen Verständnis von gesellschaftlicher Integration. Beargwöhnt wird hier vor allem die Herausbildung ethnischer Wohnmilieus und ihrer Subkulturen („Parallelgesellschaften“).

Eine Studie der Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen zeigt eine Zunahme der ethnischen Segregation in den 1980er und 1990er Jahren, wobei hoher Ausländeranteil mit hohem Anteil an Niedrigeinkommen („Armutsegregation“) einhergeht.<sup>66</sup> Allerdings zeigen sich starke Unterschiede zwischen den ausländischen Nationalitäten. Die frühen Zuwanderer (Italiener, Spanier, Griechen, Jugoslawen) vermischten sich zunehmend mit der deutschen Bevölkerung. Gleichzeitig wird eine zunehmende Entmischung nach Altersgruppen festgestellt (Herausbildung von Seniorenvierteln).

In den ethnisch segregierten Vierteln mit hohem Anteil an „sozial Abgehängten“ gibt es Anzeichen für die Verfestigung einer resignativen Armutskultur.<sup>67</sup> In anderen Vierteln mit hohem ethnisch homogenen Zuwandereranteil lässt sich eher eine „intakte“ Kleingesellschaft feststellen.

Strohmeyers Studie führt Evidenz für mentale Unterentwicklungen der Kinder in den Problemvierteln an (bis zu 80 Prozent der Kinder vs. etwa 33 Prozent in den „guten“ Vierteln) – Faktoren, die schon im Vorschulalter die Bildungskarriere beeinträchtigen. Festzuhalten wäre auch der Befund, dass deutsche Kinderarmut und ausländischer Kinderreichtum (in der ersten Einwanderergeneration) zu einer besonders hohen Konzentration ausländischer Kinder und Jugendlicher in den segregierten Wohnquartieren führt.

---

65 Vgl. Heitmeyer 2012: 64 ff. und 129 ff.

66 Vgl. Strohmeyer 2006.

67 Vgl. auch Friedrich-Ebert-Stiftung 2007.



## Literaturverzeichnis

---

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2007: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2011: Familienreport 2011. Leistungen, Wirkungen, Trends.
- Cross-National Data Center in Luxembourg (LIS):  
<http://www.lisdatacenter.org/data-access/key-figures/download-key-figures/>.
- DIW 2007a: Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II-Grenze, in: SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Research 4 (Februar).
- DIW 2007b: Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen, in: DIW-Wochenbericht 45/2007.
- DIW 2008: Schrumpfende Mittelschicht. Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW-Wochenbericht 10/2008.
- DIW 2010: Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, in: DIW-Wochenbericht 7/2010.
- EUROSTAT 2010: Statistics in focus 3/2010.
- Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht, VS Verlag.
- Friedrich-Ebert-Stiftung 2007: Politische Milieus in Deutschland.
- Geißler, Rainer 2010: Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle, WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Grabka, Markus 2012: Einkommensungleichheit in Deutschland. The German Socio-Economic Panel Study (SOEP).
- Hans-Böckler-Stiftung 2010: Atypische Beschäftigung. Eine wissenschaftliche Bilanzierung.
- Heitmeyer, Wilhelm 2012: Deutsche Zustände. Folge 10, Suhrkamp.
- Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) 2007: Neue Berechnung des IAQ zu Niedriglöhnen in Deutschland.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Infoplattform,  
<http://infosys.iab.de/infoplattform/default.asp>.
- OECD 2011: How's Life? Measuring well-being, Paris.
- PISA-Konsortium Deutschland 2003: PISA 2003. Ergebnisse des zweiten Ländervergleichs. Zusammenfassung, [http://www.pisa.ipn.uni-kiel.de/Kurzfassung\\_PISA\\_2003.pdf](http://www.pisa.ipn.uni-kiel.de/Kurzfassung_PISA_2003.pdf).
- Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009: Soziale Ungleichheit in Deutschland,  
[http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/bdwi-studie\\_soz-ungleich\\_09/ungleichheit.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/bdwi-studie_soz-ungleich_09/ungleichheit.pdf).
- Sinus Sociovision 2009: Die Sinus-Milieus, [http://www.sinus-institut.de/uploads/tx\\_mpdownloadcenter/infoblatt\\_d\\_2009\\_01.pdf](http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/infoblatt_d_2009_01.pdf).
- Sozialpolitik-aktuell: <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/einkommen-datensammlung.html#i-gesamtwirtschaftliche-einkommensverteilung>.
- Strohmeyer, Klaus Peter 2006: Soziale Segregation in den Städten, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Vester, Michael 2011: Postindustrielle oder industrielle Dienstleistungsgesellschaft: Wohin treibt die gesellschaftliche Arbeitsteilung?, in: WSI-Mitteilungen 12/2011.

## Der Autor

---

### **Dr. Alfred Pfaller**

Gesellschaftspolitischer Berater, Sankt Augustin. Er war u. a. verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Internationale Politik und Gesellschaft“ und hat viele Texte und Studien zu den Themen Sozialstaat, Globalisierung, internationale Konkurrenz sowie soziale Demokratie veröffentlicht.



## Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftspolitik

**Staatsschulden, Demokratie und Ungleichheit**

WISO direkt

Wirtschaftspolitik

**Wohlstand, Wachstum, Investitionen**

**Junge Wissenschaft für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt**

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

**Zur Produktivitätsentwicklung Deutschlands im internationalen Vergleich**

WISO Diskurs

Außenwirtschaft

**Optionen im Euroraum**

WISO direkt

Nachhaltige Strukturpolitik

**Industriennahe Dienstleistungen – Bedeutung und Entwicklungspotenziale**

WISO Diskurs

Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik

**Staatsgläubigerpanik ist keine Eurokrise!**

WISO direkt

Steuerpolitik

**Progressive Sozialversicherungsbeiträge – Entlastung der Beschäftigten oder Verfestigung des Niedriglohnssektors?**

WISO Diskurs

Arbeitskreis Mittelstand

**Wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt Shareholder Value – Das genossenschaftliche Geschäftsmodell**

WISO direkt

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

**Verbrauchte Zukunft – Mentale und soziale Voraussetzungen verantwortungsvollen Konsums**

WISO Diskurs

Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik

**Ziele und Wege zu einer leiseren Mobilität**

WISO Diskurs

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen

**Das Programm Soziale Stadt – Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

**Kommunikation in der Gesundheitspolitik – Netzwerk, Akteure, Strategien**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

**Soziale Sicherung für Soloselbstständige in der Kreativwirtschaft**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

**Soziale Gesundheitswirtschaft – Impulse für mehr Wohlstand**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

**Arbeit und Qualifizierung in der Sozialen Gesundheitswirtschaft**

**Von heimlichen Helden und blinden Flecken**

WISO Diskurs

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

**Verantwortung braucht Transparenz**

**Die rechtliche Verankerung unternehmerischer Pflichten zur Offenlegung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen**

WISO Diskurs

Arbeitskreis Dienstleistungen

**Für eine soziale und ökologische Dienstleistungsinnovationspolitik**

WISO direkt

Gesprächskreis Migration und Integration

**Migrationsfamilien als Partner von Erziehung und Bildung**

WISO Diskurs

Frauen- und Geschlechterforschung

**Erfolgreiche Geschlechterpolitik**

**Ansprüche – Entwicklungen – Ergebnisse**

WISO Diskurs

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

[www.fes.de/wiso](http://www.fes.de/wiso)